



Beschlussvorlage

Amt/Verfasser Amt für Bürgerservice und Finanzen Burmester, Thomas	Datum 10.08.2009	Vorlage-Nr.: 2009/0931	öffentlich
---	---------------------	---------------------------	------------

Beratungsfolge	TOP	Sitzungstermin	Beratungs- ergebnis
Stadtvertretung	11	19.08.2009	beschließend

**Beschluss über die Standpunkte und Begründung der Fraktionen zur Durchführung eines Bürgerbegehren gem. § 16 g Abs. 3 Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein**

**-Neubau eines Schrägaufzug, Restaurierung des historischen Fachwerkgebäudes am Ruferplatz mit einer Nutzung als Touristeninformation nebst öffentlichen Toiletten, Gepäckaufbewahrung, etc.-**

**Beschlussentwurf:**

---

Die Stadtvertretung Lauenburg beschließt, die nach § 16 g Abs. 6 in Verbindung mit § 8 Abs. 2 der DVO-GO anliegenden Standpunkte und Begründungen der Fraktionen sowie des Stadtvertreters Wilhelm Bischoff (FDP).

Diese sind den Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig vor dem Bürgerentscheid darzulegen, so dass diese die maßgeblichen Argumente in ihre Entscheidung einbeziehen können. Die Darlegung der Argumente kann insbesondere durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen, diese können zusammengefasst werden.

---

**Gesamtkosten: 4.000 EUR**

---

**Begründung:**

Nach § 8 Abs. 2 der DVO-GO sind (muss) die Standpunkte und Begründungen der Stadtvertretung (Fraktionen) den Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig vor dem Bürgerbegehren darzulegen, so dass diese die maßgeblichen Argumente in ihre Entscheidung einbeziehen können. Die Darlegung der Argumente kann insbesondere durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen, diese können zusammengefasst werden. Die Stadtvertretung beschließt diese Bekanntmachung, nicht deren Inhalte.

H e u e r  
Bürgermeister

An  
Bürgermeister der  
Stadt Lauenburg  
Herr Harald Heuer  
Amtsplatz 6

21481 Lauenburg/Elbe

## Begründung zur Durchführung des Bürgerbegehrens „Schrägaufzug“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Heuer,

mit nachfolgender Stellungnahme begründet die Bürgerinitiative das Begehren zur Durchführung eines Bürgerentscheides wegen dem Bau eines Schrägaufzuges:

Hierbei setzen die Unterzeichner voraus, dass die lang anhaltenden Diskussionen innerhalb der öffentlichen Sitzungen und die Positionen der politischen Vertretungen der Stadtvertretung zum Projekt bekannt sind.

### Begründung:

Seit mehreren Jahren ist das städtebauliche Projekt „Schrägaufzug“ in der Planung. Nach den einzelnen Schritten des Verwaltungsverfahrens wurden im Zuge der Realisierung von Auflagen und Anforderungen schon teilweise Planungsziele erreicht und erfolgreich durch die politischen Gremien unterstützt. Für die Vorbereitungen wurden bisher rund 250.000 € aus dem Vermögen der Stadt Lauenburg verwendet. Ein Abbruch der weiteren Umsetzung hätte zur Folge, dass dieses Geld nutzlos verschwendet worden wäre.

Die bisherige Unterstützung des Projektes durch die politischen Parteien innerhalb der Stadtvertretung hat sich wegen der aktuellen Sitzverteilung in der Stadtvertretung so verändert, dass eine demokratische Beschlussfassung mehrheitlich nicht mehr möglich ist und durch Stimmenthaltungen eine „Pattsituation“ entstanden ist. Daraus folgt, dass keine mehrheitlich gefasste Meinungsbildung mehr möglich ist und das Projekt deswegen zum Scheitern verurteilt wäre. Allein schon dieser Vermögensschaden wäre wegen der Haushaltslage der Stadt Lauenburg nicht zu vertreten.

Die Bürgerinitiative sieht nicht nur für die Stadt Lauenburg sondern auch weit über die Stadtgrenzen hinaus – überregional – das Projekt als einen Magneten für einen wirtschaftlichen Aufschwung, der neben den bekannten Risiken aber mehr Vorteile wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, Gewerbesteuerereinnahmen usw. bringt.

Aus diesen Gründen wurde das Bürgerbegehren initiiert.

Lauenburg, den 09.08.2009

  
Lendita Behrens

  
Monika Hörstmann

  
Rainer Staneck

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS  
FRAKTION IN DER STADTVERTRETUNG LAUENBURG/ELBE

CDU-Fraktion Stadtvertretung Lauenburg/Elbe \*Uhlenbusch 26\* 21481 Lauenburg/Elbe

An die  
Bürgerinnen und Bürger  
der Stadt Lauenburg/Elbe



**Standpunkt und Begründung der CDU-Fraktion zur Durchführung eines Bürgerentscheides über den Bau einer städtebaulichen Verbindungsanlage zwischen dem Ruferplatz und dem Schlossgebäude (Schrägaufzug, Touristinformation, öffentliche Toiletten, Gepäckaufbewahrung, usw.)**

Sehr geehrte Lauenburgerinnen und Lauenburger,

die CDU-Fraktion spricht sich deutlich für die Durchführung eines Bürgerentscheids und damit für die Chance aus, die Errichtung eines Schrägaufzuges und einer Touristinformation zu realisieren.

Folgende Punkte sind für die CDU-Fraktion dabei von entscheidender Bedeutung:

- barrierefreie Verbindung zwischen Altstadt und Schlossensemble
- der Stadtbus fährt weiterhin durch die Altstadt
- Gästeinformation an zentraler Stelle in ansprechender Form der Präsentation und besseren Betreuungsmöglichkeiten für die Touristen
- öffentliche Toilettenanlage in der Unterstadt an zentraler Stelle
- zugesagte Zuschüsse sind zweckgebunden und können daher nicht für andere Maßnahmen verwendet werden
- Tourismusexperten aus Land und Kreis sagen: die Chance nutzen und Entwicklung voranbringen

Was überwiegt bei Betrieb von Schrägaufzug und Touristinformation? Die Chancen oder die Risiken für die Entwicklung unserer Stadt?

Wir sind der Meinung, dass die **CHANCEN** für die Entwicklung unserer Stadt überwiegen.

Wir sagen JA zum Bürgerentscheid und **JA** zum Schrägaufzug samt Touristinformation mit öffentlichen Toiletten, Gepäckaufbewahrung.

**Sagen Sie auch JA zu dieser Zukunftsinvestition!**

Mit freundlichen Grüßen

CDU-Fraktion in der Stadtvertretung Lauenburg/Elbe  
gez. Kai Uwe Schulz



SPD-Fraktion, Maxgrund 24, 21481 Lauenburg/Elbe

**Stellungnahme der SPD – Fraktion in der Stadtvertretung Lauenburg/Elbe zum Bürgerentscheid bezüglich des Schrägaufzuges gem. § 16 g Gemeindeordnung in Verbindung mit § 8 Abs. 2 der Durchführungsverordnung zur Gemeindeordnung**

Die in der Fragestellung zum Bürgerentscheid geforderten Maßnahmen sind abzulehnen und es sollte mit „**NEIN**“ gestimmt werden.

**Begründung:**

**1. Die finanzielle Situation der Stadt Lauenburg**

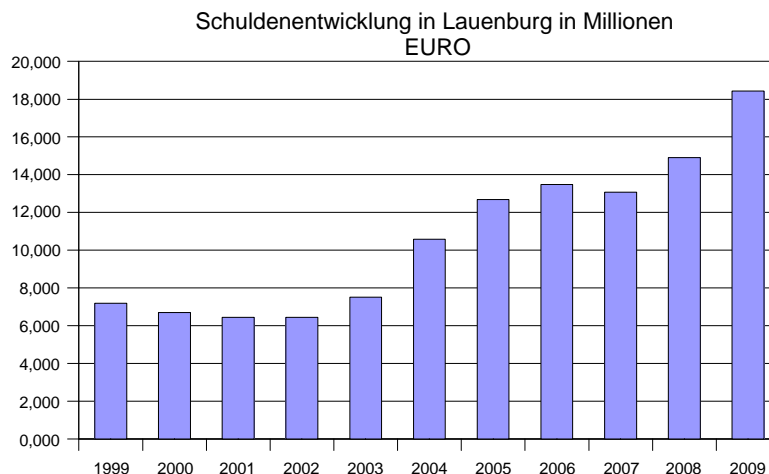
- Der Schuldenstand betrug am 13.08.2009 laut Verwaltung:  
**10,776.930 Mio€** zuzüglich **7,650 Mio€** insgesamt also **18,426 Mio€**
- Innerhalb der Kreditobergrenzen müssen Eigenmittel aufgebracht werden.
- Auch diese Eigenmittel sind kreditfinanziert und sollen verwendet werden für:  
**Sanierung der Gemeinschaftsschule** einschließlich Mensabau  
**Familienzentrum** mit Kindertagesstätte und Krippe  
**Museum** (ausgewählt vom Land Schleswig – Holstein als Leuchtturmprojekt)
- **Lauenburg verfügt über keinerlei weitere freie Finanzmittel mehr.**
- Dadurch können u. a. nicht einmal mehr seit Jahren überfällige dringende Straßensanierungen durchgeführt werden.
- Die finanzielle Situation Lauenburgs wird sich durch geringere Einkommensteueranteile, durch wesentlich geringere Gewerbesteuererinnahmen und negative Veränderungen der Kreisumlagen in naher Zukunft dramatisch verschlechtern.

**Bürgermeister Heuer** hat im Memorandum zur Rettung der Stadt Lauenburg vom Januar 2009 unter Punkt 1 eindeutig gesagt:

**„Die Sparpotentiale unserer Stadt sind inzwischen ausgeschöpft.“**

Angesichts der verfahrenen Haushaltslage empfiehlt er den Verzicht auf Projekte.

**Also folgen wir seiner Empfehlung und verzichten auf den Schrägaufzug !!!**



**Deshalb NEIN zum Schrägaufzug !!!**

## 2. Die Finanzierung der Maßnahme

- Schriftliche Zuwendungsbescheide für die Maßnahmen liegen nur hinsichtlich der Städtebaufördermittel und der Zuschüsse aus dem Hamburg - Rand - Fonds vor. Diese Mittel wurden schon an die Stadt Lauenburg/Elbe ausgezahlt.
- Aktuell haben die Zuschußgeber diese Beträge bereits wieder zurückgefordert.
- **Die Rückzahlung seitens der Stadt ist bereits erfolgt.** Entsprechende Zinsansprüche seitens der Geldgeber wurden auch ausgeglichen.
- Für die angedachten Zuschußmittel in Höhe von ca. 1,005 Mio € aus dem ELER – Programm des Landes gibt es **keine** schriftlichen, sondern nur vage mündliche Zusagen, resultierend aus 6-Augen - Gesprächen mit Vertretern des Ministeriums..

Weiterhin sind Umsatzsteuererstattungen in Höhe von 245.000 € im Haushalt 2009 als Einnahme zum Projekt eingestellt. Da die Maßnahme Schrägaufzug aber in diesem Jahr nicht realisiert wird, sind diese fiktiven Einnahmen heruszurechnen. Hierdurch verschlechtert sich die Haushaltsituation nochmals.

- Darüberhinaus ist zu befürchten, dass sich die tatsächlichen **Baukosten**, bis zu einem möglichen Baubeginn **extrem erhöhen**. Eines von vielen einschlägigen Beispielen ist die schon im Bau befindliche Hamburger Elbphilharmonie mit einer Kostenexplosion von mehr als 275 Prozent. Derartige Mehrkosten müssten allein durch den städtischen Haushalt getragen werden.

**Deshalb NEIN zum Schrägaufzug !!!**

## 3. Die Wirtschaftliche Situation beim Betrieb der Anlage

Die Machbarkeitsstudie der Fa. Projekt M vom 25.05.2006 geht schon in den Grunddaten, wie Anzahl der Einwohner Lauenburgs, von unzutreffenden Zahlen aus. Etliche Daten der Expertise entsprechen nicht mehr den heutigen Gegebenheiten. Beispielhaft sei die Zahl der Gruppenreisenden per Schiff zu nennen. Bis heute hat es einen massiven Einbruch bei den Flußkreuzfahrten gegeben. Reedereien in dieser Branche haben ihre Flotten stillgelegt oder sogar Insolvenz angemeldet. Die fiktiv berechneten Nutzerzahlen des Schrägaufzuges sind real nicht mehr vorhanden. Die berechnete Nutzung durch Unterstadtbewohner ist realitätsfern. Beispielsweise werden Anwohner der Straßen Neustadt oder Grünstrasse kaum den Weg in die Oberstadt über den Umweg der kopfsteingepflasterten Elbstrasse, dann per Aufzug, durch den Sandweg und das Kopfsteinpflaster der Schloßanlage sowie weitere hunderte von Metern zu den Supermärkten suchen. Dies ist nur ein Punkt von etlichen unrealistischen Berechnungsdaten der Studie.

Die Fahrpreise sind mit **0,70 €** berechnet. Die gutachterlichen Besucherzahlen in Lauenburg sind mit **30.000** pro Jahr ausgelegt.

Das in der Lauenburgischen Landeszeitung angesprochene Beispiel der Burg Hohenwerfen bei Salzburg verlangt lt. Internet einen Fahrpreis von 3,50 € für Erwachsene und **2 €** für Kinder bei Nutzung des Aufzuges. Tatsächlich gibt es im Jahr 130.000 Besucher der Burg.

Diese Burg ist ein ungeheurer touristischer Anziehungspunkt und bietet in der Nähe der Tourismustadt Salzburg umfassende Atraktivitäten. Z. B wird von der auf der Burg befindlichen Gastronomie ganzjährig ein Rittermahl, Führungen durch das Burgverlies, Falkenvorführungen und vieles mehr angeboten. Sie stellt einen überregionalen Anziehungsspunkt dar. Dennoch rechnet man mit einer Amortisation der Erstellungskosten von nur 2.000.000 € bei tatsächlich vorhandenen Besucherzahlen von 130.000 **erst in mindestens 12 Jahren**.

Befürworter des Aufzuges für Lauenburg träumen von goldenen Zeiten bis hin zum Haushaltsausgleich durch diese Maßnahme.

In Lauenburg betragen die Gesamtkosten lt. letzter veröffentlichter Daten ca. 3.077.000 €. Die Oberstadt hat kaum touristische Anziehungspunkte. Die fiktiv berechneten Besucherzahlen stimmen überhaupt nicht mehr mit der Realität überein. Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen sind absolut unrealistisch, und die notwendigen Zuschüsse für den Betrieb eines Schrägaufzuges würden den Haushalt zusätzlich belasten.

**Selbst ortsansässige Kreditinstitute haben eine Finanzierung wegen nachgewiesener Unwirtschaftlichkeit abgelehnt.**

**Deshalb NEIN zum Schrägaufzug !!!**

#### **4. Die Ökologische Situation durch den massiven Eingriff in den Hang**

Der Endmoränen - Elbhang in Lauenburg ist extrem abrutschgefährdet.

In der Stadt gab es bereits in der Vergangenheit bis in die jüngste Zeit etliche unvermutete Hangabrutsche, ausgelöst durch minimale Eingriffe.

Als Beispiel sind die aktuellen Sicherungsmaßnahmen im Bereich der Heinrich - Osterwold - Halle, sowie Hangrutsche im Bereich des Halbmondes und Hangrutsche beim ehemaligen Gasometerplatz in der Elbstrasse zu nennen.

Im vergangenen Jahrhundert führte das Ausgraben einer kleinen Blume durch den Lehrer und Botaniker Claudius zum Abbruch eines hausgroßen Teils des Elbhanges. Derartige kleinere und größere Ereignisse bestätigen die Unsicherheit unseres Elbhanges und die Gefahr des Abrutschens.

Die hierdurch entstandenen nicht unerheblichen zusätzlichen Kosten musste die Stadt jeweils allein aus ihrem Haushalt tragen.

Im Punkt 5 (Hangsicherheit) des Gutachtens der Fa. Dümke zur Baugrunduntersuchung und Hangsicherheit bezüglich des Schrägaufzuges in Lauenburg vom 27.10.2004 sind Hangstandsicherheiten festgestellt worden, die **nicht** den Richtlinien entsprechen. Umfangreiche zusätzliche Sicherungsmaßnahmen sind lt. Gutachten durchzuführen. Diese stellen massive Eingriffe dar.

Wie unsicher und falsch solch geologische Gutachten und Bodengutachten sein können, zeigt eine Pressemitteilung vom 12.08.09 über den Bau der A 20 bei Lübeck. Dort hat die Gutachterfirma einen wesentlichen höheren Wassergehalt im Baugrund und vorhandene Moorlinsen nicht bemerkt. Erheblich mehr Bodenfläche als in den Ausschreibungen vorgesehen musste ausgetauscht werden.

Bezüglich der Mehrkosten von 8 Mio € wird jetzt vor Gericht gestritten.

**Beides, Hangrutsch und erhebliche Mehrkosten, ist in Lauenburg auch zu befürchten!**

**Deshalb NEIN zum Schrägaufzug !!!**

#### **5. Anwohnerklagen**

Da die nachbarrechtliche Zulässigkeit der Maßnahme äußerst fragwürdig ist, sind bereits Anwohnerklagen angekündigt.

Selbst bei einer positiven Entscheidung des Bürgerentscheides ist eine Realisierung in den nächsten 6 bis 10 Jahren nicht wahrscheinlich.

Bei einem eventuellen letztinstanzlichen Urteil gegen die Kläger dürften bis dahin alle Zuschußmittel zurückgefordert sein.

Mit einer nicht unerheblichen Erhöhung der Baukosten ist dann zu rechnen.

**Deshalb NEIN zum Schrägaufzug !!!**

## **6. Die Stellungnahme des „Bund der Steuerzahler Schleswig – Holstein“ e. V.**

In einer Stellungnahme vom 18.12.2008 zum Bau eines Schrägaufzuges in Lauenburg hat der Bund der Steuerzahler Schleswig –Holstein e. V. erklärt:  
- diese Maßnahme stelle eine Verschwendung von öffentlichen Mitteln dar, sofern bestimmte grundlegende kommunale Aufgaben unter seiner Umsetzung leiden.  
Dieses ist der Fall.

Denn eingeschränkt bzw. ganz oder teilweise zurückgestellt sind Vorhaben wie u. a.  
die **Sanierung des Gemeinschaftsschule mit Mensanbau**,  
die **Sanierung des Grandplatzes am Glüsinger Weg mit einem Kunstrasen**.

Deshalb **NEIN** zum Schrägaufzug !!!

## **Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Stadtvertretung Lauenburg (Elbe) im Rahmen der Durchführung eines BürgerInnenentscheids gem. § 16g (3)**

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen lehnt den Bau eines Schrägaufzugs angesichts der katastrophalen finanziellen Situation der Stadt Lauenburg sowie den sich aus dem Bau ergebenden gravierenden Konsequenzen für den Elbhang ab. Die folgenden Aspekte, Fakten und Argumente haben uns zu dieser ablehnenden Haltung bewogen:

### **1. Finanzielle Situation und Verschuldungsstand der Stadt Lauenburg**

Bereits jetzt ist unsere Stadt mit über 18 Millionen € verschuldet und im Grunde genommen bankrott. Sogar die Gehälter der städtischen Bediensteten werden inzwischen über Dispo-Kredite finanziert. Die momentane Wirtschaftskrise führt alleine in diesem Jahr zu weiteren Einnahmeausfällen von mindestens 500.000 €. Im nächsten Jahr dürfte sich das Defizit im Stadthaushalt noch erhöhen. Auf der anderen Seite fehlt das Geld für wirklich wichtige Projekte, welche die Situation der hier lebenden Menschen verbessern. Dazu zählen besonders die Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe sowie das Familienzentrum mit den so dringend benötigten Kita- und Krippenplätzen.

Das weitgehend verödete Stadtzentrum in der Oberstadt verrottet immer mehr da für eine Sanierung das Geld fehlt. Viele LauenburgerInnen schämen sich inzwischen für den Zustand ihrer „Innenstadt“. Wir meinen das es schlicht weg verantwortungslos ist, vor diesem Hintergrund über 3 Millionen € für ein Gesamtprojekt „Schrägaufzug“ auszugeben, das den BürgerInnen in unserer Stadt weder wirtschaftlich noch sonst irgendwie etwas bringt. Allein der städtische Eigenanteil beträgt fast 1 Mio. € und kann nur durch neue Schulden finanziert werden, die dann von zukünftigen Generationen abgezahlt werden müssen. Nicht auszuschließen ist auch das wegen des Schrägaufzugs bereits im nächsten Jahr eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B erfolgt, die dann von allen MieterInnen und HauseigentümerInnen bezahlt werden muss.

### **2. Auswirkungen auf Natur und Umwelt**

Der Elbhangwald zwischen Wallweg und Großem Sandberg bildet einen wichtigen zusammenhängenden Lebensraum und Rückzugsgebiet für seltene Tier- und Pflanzenarten. Für den Bau des Schrägaufzugs wird durch dieses einmalige Biotop eine 20 Meter breite Schneise geschlagen. Eine derartige Zerschneidung führt zu einer irreparablen Zerstörung des für den Naturhaushalt unserer Stadt so bedeutsamen Areals.

### **3. Standsicherheit des Elbhangs**

Die Standsicherheit des Elbhangs ist durch den Aufzugsbau extrem gefährdet, da im oberen und unteren Hangbereich eine von Sanden überlagerte Geschiebemergelschicht liegt, die schon bei geringen Eingriffen abrutschen kann. Bereits in der Vergangenheit gab es in Lauenburg auch ohne bauliche

Eingriffe immer wieder gefährliche Hangabbrüche. Das sich auch Ingenieure irren und Fehler machen wissen wir spätestens seit den Einstürzen beim U-Bahn-Bau in Köln.

#### **4. Zerstörung des Stadtbildes der Lauenburger Altstadt**

Unsere ehemals wunderschöne Oberstadt wurde in den Jahrzehnten zwischen 1950 und 1980 durch den gedankenlosen Abriss historischer Gebäude und dem Bau von Hochhaus, Tiefgarage und Durchbruchstraße in ihren heute hässlichen Zustand versetzt. Ähnliches droht nun der Altstadt durch den Bau des Schrägaufzugs, für den der bewaldete Elhang auf einer Breite von 20 Metern gerodet werden soll. Die geplante Talstation am Ruferplatz aus Stahl und Glas sowie eine ebenso optisch scheußliche Bergstation im Bereich der jetzigen Schlossterrasse dürften das bisher intakte Stadtgefüge der Lauenburger Unterstadt nachhaltig zerstören.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir den Lauenburger WählerInnen eindringlich die Ablehnung des Aufzugsprojektes!

Niclas Fischer  
(Fraktionsvorsitzender)

Hans-Peter Sierich  
(stellv. Fraktionsvorsitzender)

Herrn Bürgermeister Harald Heuer

21481 Lauenburg

## Standpunkt des FDP Stv´s Wilhelm Bischoff Lauenburg zum Bürgerentscheid für den Schrägaufzug

Die FDP Lauenburg kämpft seit vielen Legislaturperioden für den Bau eines Schrägaufzuges von der Altstadt zum Schloss. Das Votum für den Schrägaufzug war auch bei der letzten Kommunalwahl Bestandteil unseres Wahlprogramms. Unser Kreisvorstand unterstützt das einstimmig.

Der ehemalige SPD-Bürgermeister Albrecht hat den Schrägaufzug in Lauenburg erneut zum Thema gemacht.

Die Stadtvertretung beschließt am 28.6.06 den Aufstellungsbeschluss zum BP Nr.84 Schrägaufzug

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung am 9.10.06 die Realisierung voranzutreiben.

Die Stadtvertretung beschließt am 12.12.07 den Ankauf des Grundstücks Elbstraße 107 für die Touristinformation und Basisstation des Schrägaufzugs.

Der Bauausschuss beschließt am 10.7.08 den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum BP 84.

Sämtliche Gutachten zu dem Projekt sind positiv ausgefallen.

Begründung:

Die Bürger der Stadt Lauenburg haben sich im Stadtmarketingprozess für eine bessere Verbindung von Altstadt und Oberstadt ausgesprochen.

Sie zeigten sich überzeugt, dass der Tourismus eine **große Chance** für die positive Entwicklung Lauenburgs bietet.

Wir liegen da aber im **starken Wettbewerb** mit vielen Orten und Einrichtungen im näheren und weiteren Umfeld.

Diesen harten Konkurrenzkampf können wir nur für uns entscheiden, wenn wir die Stärken Lauenburgs (Schloss, Fürstengarten, Elbblick, Altstadthäuser, Schifffahrt, Künstlerhaus, Elbschiffahrtsmuseum und den Raddampfer „Kaiser Wilhelm“) mit allen Mitteln herausstellen und fördern und die nötigen Rahmenbedingungen für den modernen Tourismus dazu schaffen.

**Das heißt, die beiden Hauptpotentiale, Elbblick und Altstadt, auf bequeme Art miteinander verbinden.**

Man sorgt sich um die Finanzen und ist gleichzeitig bereit ein Millionengeschenk auszuschlagen und € 250.000, die bereits ausgegeben sind, bei Ablehnung ohne jeglichen Gegenwert zu verschleudern. Sie verschweigt den Bürgern, dass die Mittel zweckgebunden sind.

Die Grünen bezweifeln trotz moderner Technik und positiver Gutachten die Hangsicherheit.

Ein beliebtes Gegenargument sind die Folgekosten. Kein Schrägaufzuggegner hat sich jemals die Mühe gemacht, sich bei Betreibern einer solchen Anlage nach den realen Kosten zu erkundigen.

Wir wissen von der Stadt Mettmann, dass dort die jährlichen Kosten bei max. € 25.000 liegen incl. Vandalismus.

Die Burg Werfen im Salzburger Land benennt als Kosten lediglich € 10.000 p-a. bei einem Höhenunterschied von 120 m. Sie berichten von einer Steigerung der Besucherzahl von 15% im Jahr nach dem Bau der Anlage.

Es ist realistisch, solche Folgekosten durch Einnahmen zu erwirtschaften.

Dazu ist zu bemerken, dass der sog. Bustourismus Lauenburg noch gar nicht im Plan hat.

Wir bekommen eines der ältesten Häuser der Elbstraße für ca. 1 Mio. restauriert. Was bedeutet das für den Ruferplatz ?!

Die Alternative wird im Laufe der Zeit ein Schandfleck sein, weil kein Privatmann sich diese Restaurierung leisten wird.

Wir bekommen endlich öffentliche Toiletten in der Elbstraße, für die wir seit mindestens 20 Jahren kämpfen.

Wir bekommen eine Gepäckaufbewahrung für Fahrradtouristen auf der Durchreise.

Wir bekommen einen bequemen Weg zum Einkaufen in die Oberstadt für Frauen mit Kinderwagen, für alte Menschen und Behinderte.

Wir bekommen eine Belebung der Altstadt durch die Lauenburger der Oberstadt, die abends den beschwerlichen Rückweg scheuen.

**Das alles wäre mit einer weiteren Investition von € 250.000 zu realisieren.**

Was sagte der Bürgermeister einer Gemeinde, die uns demnächst mit einem Eisenbahnmuseum Konkurrenz machen wird: **Wir wären ja verrückt, wenn wir das nicht tun würden.**

Wir verweigern Lauenburg, die Möglichkeit zur touristischen Entwicklung und nehmen unserer Stadt eine wichtige Möglichkeit, wieder finanziell auf die Beine zu kommen. Stattdessen gehen wir weiter auf dem Weg zum Sozialfall Schleswig-Holsteins.